



Im vergangenen Jahr wurden 4,8 Prozent weniger adressierte Briefe aufgegeben und verteilt: Zustellung in Rapperswil ZH. Foto: Keystone

Nicht mehr täglich Post im Briefkasten

Vorschlag von Avenir Suisse Weil die Briefmengen seit Jahren rückläufig sind, fordert der liberale Thinktank, dass die postalische Grundversorgung beschränkt wird. So wie es in anderen Ländern schon vorgelebt wird.

Philipp Felber-Eisele

Der Vorschlag ist brisant. Die Post soll nicht mehr jeden Tag vorbeikommen und Briefe verteilen. In «Le Matin Dimanche» fordert Samuel Rutz, Ökonom bei Avenir Suisse, dass die Post nur noch zwei- bis dreimal pro Woche zugestellt wird.

Hintergrund dieser Forderung ist die seit Jahren sinkende Briefmenge. Im vergangenen Jahr waren es wiederum 4,8 Prozent weniger adressierte Briefe, die aufgegeben wurden. «Auch deshalb erweitert die Post ihr ergänzendes Geschäft laufend mit neuen und innovativen Angeboten, um

die Zustellung besser auszulasten», schrieb die Post im Januar. Für die Post ist der Rückgang ein finanzielles Problem. Der Betriebsertrag sinkt seit Jahren, getrieben durch den Rückgang bei den Briefen.

In Belgien zeigt sich, wie eine verminderte Zustellung aussehen könnte. Nicht dringende Post wird dort nur noch zweimal in der Woche ausgeliefert. Dringende Post wird noch immer täglich vorbeigebracht. Die belgische Post geht davon aus, dass diese Kürzung mit keinem Abbau beim Verteilpersonal einhergeht. Auch in anderen europä-

ischen Ländern wie Dänemark wird Briefpost nicht mehr jeden Tag verteilt.

Ein Problem beim Vorschlag von Avenir Suisse ist Post, die am nächsten Tag beim Empfänger sein soll. «Ich könnte mir vorstellen, dass man solche wirklich wichtigen Briefe mit einer Sonderzustellung nach Hause bringen könnte. Dies würde dann allenfalls etwas mehr kosten», sagt Samuel Rutz von Avenir Suisse. Oder man setzt auf technische Lösungen. Also zum Beispiel den Empfänger per SMS oder Mail darüber informieren, dass ein dringender Brief angekommen



ist. Er kann dann selber entscheiden, ob er den Brief abholen möchte oder doch bis morgen warten kann.

Die Post selbst sagt zum Vorschlag: «Das steht aktuell nicht zur Diskussion, die Post hält sich an das Gesetz», so Sprecherin Nathalie Dérobert Fellay. Das Postgesetz verpflichtet die Post, an mindestens fünf Wochentagen Briefe, Pakete, Zeitungen und Zeitschriften zuzustellen. Aber: «Die Post ist jedoch jederzeit offen, mit Politik und der Bevölkerung eine breite Debatte über einen modernen Service public zu führen.»

Politisch kaum Chancen

Für Politiker der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen ist klar: Diese Diskussion hat derzeit kaum Chancen. «Wir haben in den letzten Jahren dafür gekämpft, dass der Service public nicht weiter abgebaut wird», sagt etwa Kurt Fluri von der FDP. «Wenn die Post ein normales Unternehmen wäre, könnte man eine solche betriebswirtschaftliche Betrachtung machen. Aber die Post hat einen klar definierten Auftrag.» Ein solcher Dienstleistungsabbau sei nicht mehrheitsfähig, so Fluri. Zudem: Würde man die Dienstleistungen rund um die Briefpost kürzen, würde dies den Rückgang in der Briefmenge noch beschleunigen. «Die Abwärtsspirale wäre nicht aufzuhalten», sagt Fluri.

Michael Töngi (Grüne), Präsident der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, sieht einige Hürden auf dem Weg hin zu einer weniger häufigen Zustellung. «Es gibt immer noch viele Dinge, die sofort zugestellt werden müssen», sagt Töngi. So etwa die Zeitungszustellung in Gebie-

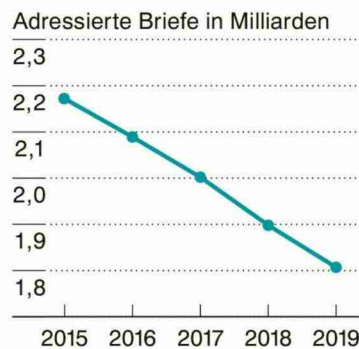
ten, wo es keine Frühzustellung gibt, oder Abholungseinladungen für eingeschriebene Briefe. Töngi sieht zudem in einer verminderten Zustellung wenig Einsparpotenzial. Zudem: Man solle der Post Zeit geben, ihre neue Strategie zu konkretisieren.

Angst auf dem Land

Martin Candinas (CVP) ist dezidiert gegen einen Abbau. «Das darf nicht kommen», sagt Candinas. Für ihn ist klar: Eine Verminderung der Zustellhäufigkeit würde vor allem das ländliche Gebiet treffen. «Machen wir uns nichts vor: Solche Massnahmen würden immer dort zuerst eingeführt, wo der Service public am teuersten ist. Für die ländlichen Gebiete wäre dies ein Schlag ins Gesicht», so Candinas.

Candinas selbst ist durchaus bereit, über den Service public bei der Post zu sprechen. So sei er offen dafür, dass Briefe nicht mehr zwingend bis zum Mittag geliefert werden müssten, wenn man mit Postfächern gute Alternativlösungen hat. Dann soll dies aber nicht nur für den ländlichen Raum gelten. «Die Post muss effizienter arbeiten, ohne an einer umfassenden Grundversorgung zu rütteln», sagt Candinas.

Briefpost nimmt stetig ab



Grafik: mrue/Quelle: Post